Industrieverband
Agrar

Jahresbericht 2009/2010

Jahresbericht 2009/2010

Inhaltsverzeichnis

Die Herausforderungen dieses Jahrhunderts. Vorwort des Präsidenten 2

Ein Jahr des Aufbruchs. Vorwort des Hauptgeschäftsführers 3

Einbußen nach vielversprechendem Start. Der Pflanzenschutzmarkt 2009 4

Trockene Witterung drückt auf Nachfrage. Pflanzenschutzmittel für Haus und Garten 7

Auf den Boom folgte der Einbruch. Der Düngemittelmarkt 2008/2009 8

Europa vor der „Stunde Null"? Die neue Pflanzenschutzverordnung 10

Die unterschätzten Klimaschützer. Weniger Treibhausgase durch Pflanzenschutz und Düngung 12

Augenmaß und Pragmatismus gefragt. Zwischenbilanz beim „Nationalen Aktionsplan" 14

Die Rückkehr der Feldlerche. Landwirtschaft und Biodiversität sind kein Widerspruch 15

Auf der Suche nach einheitlichen Standards. Eine neue Düngemittelverordnung für Europa 17

Offene Fragen trotz Harmonisierung. Entwicklungen und Neuregelungen im Düngemittelrecht 19

Fortbestand rechtlich sichern. Entsorgungssystem PAMIRA hat Zukunft 21

In neuem Glanz. Internetmagazin Profil online verbessert Erscheinungsbild 22

Dialog mit Politik und Publikum. Landwirtschaft und Klima auf der „Grünen Woche" 23

Team Industrieverband Agrar 24

Mitgliedsfirmen 26

Impressum 28

Die Herausforderungen dieses Jahrhunderts

Vorwort des Präsidenten

Dr. Hans Theo Jachmann, Präsident des Industrieverbands Agrar e. V.

Rom im November – der Zeitpunkt des Welternährungsgipfels war perfekt. Denn als im Herbst 2009 viele Industrieländer erleichtert vermeldeten, die Talsohle der Krise sei durchschritten, war die Öffentlichkeit wieder bereit, den langfristigen Herausforderungen Aufmerksamkeit zu widmen.

Fast zwei Jahre hatte der drohende Kollaps der Weltwirtschaft alles überlagert – und damit den Blick für die ernsten Probleme der kommenden Jahrzehnte versperrt. Die Weltgemeinschaft muss bald neun Milliarden Menschen mit Nahrung, Wasser und Energie versorgen. Eine gewaltige Aufgabe – zumal wir uns gleichzeitig an ein sich änderndes Klima anpassen müssen.

Die Vision, dass kein Kind auf der Welt hungern muss, ist bisher nicht verwirklicht. Mehr als einer Milliarde Menschen fehlt es heute an Nahrung. Um 70 Prozent, so schätzen die Vereinten Nationen, muss bis Mitte des Jahrhunderts die Nahrungsmittelproduktion gesteigert werden, weil die Weltbevölkerung unaufhaltsam wächst und weil – und das ist die gute Nachricht – immer mehr Menschen genug Geld für hochwertige Lebensmittel haben werden. Nicht wesentlich steigern lassen sich dagegen die Anbauflächen in aller Welt.

Was also ist zu tun?

Eine einfache Antwort wird es darauf nicht geben. Dennoch melden sich lautstark die zu Wort, die uns anraten: kein Mineraldünger, kein Pflanzenschutz und erst recht keine Pflanzen-Biotechnologie. Warum denn? Leichtfertig werden die Errungenschaften der Grünen Revolution des vorigen Jahrhunderts kleingeredet und eine produktive Landwirtschaft pauschal zum Umweltsünder gestempelt. Dabei hätte sich die Welt im 20. Jahrhundert ohne Forschung und Innovationen der Agrochemie nicht ausreichend ernähren können.

Ideologie führt nicht weiter. Allheilmittel wird es nicht geben; wir brauchen ein ganzes Bündel vielfältiger Maßnahmen und Lösungen. Der Mangel an Transportwegen, Lagerkapazität, Marktzugang und vor allem Know-how in vielen schwach entwickelten Weltregionen ist Ursache, dass von dem, was Landwirte anbauen und ernten, zu wenig auf dem Teller ankommt. Hier müssen wir ansetzen.

Zuletzt hat die Royal Society, die renommierte britische Akademie der Wissenschaften, dargelegt, was für eine nachhaltige Produktivitätssteigerung der globalen Landwirtschaft erforderlich sein wird: „Keine Methode oder Technologie darf von vornherein ausgeschlossen werden. Globale Landwirtschaft braucht die Vielfalt der Denkansätze.“ Dazu zählen die Wissenschaftler ausdrücklich auch chemischen Pflanzenschutz und Biotechnologie.

Der agrarwissenschaftlichen Forschung, die in den letzten 25 Jahren leider immer weiter zurückgefahren wurde, und der agrochemischen Industrie kommt dabei eine Schlüsselrolle zu, und sie werden auch entsprechende Lösungen liefern.

Sie müssen mit immer neuen, immer besseren Produkten zur notwendigen Steigerung der Produktivität beitragen. Zugleich müssen neue Entwicklungen und Technologien höchsten Ansprüchen an Umwelt- und Ressourcenschutz genügen. Diesem Anspruch werden wir uns stellen.

Dr. Hans Theo Jachmann

Ein Jahr des Aufbruchs

Vorwort des Hauptgeschäftsführers

Volker Koch-Achelpöhler, Hauptgeschäftsführer des Industrieverbands Agrar e. V.

Die Verabschiedung und Veröffentlichung des EU-Pflanzenschutzpakets läutete 2009 eine neue Zeitrechnung für Zulassung und Anwendung von Pflanzenschutzmitteln ein. Die neue EU-Zulassungsverordnung stellt Industrie, Landwirtschaft und Behörden vor große Herausforderungen. Die Einführung gefahrenbedingter Ausschlusskriterien und der vergleichenden Bewertung sowie des Verfahrens der zonalen Zulassung sind Neuerungen, deren praktische Auswirkungen nicht absehbar sind. Wie groß die Herausforderungen werden, hängt auch davon ab, wie die neue Verordnung gelebt wird. Der Gesetzestext lässt Fragen offen: Viele Verfahren, wie das der zonalen Zulassung, müssen erst im Detail entwickelt und implementiert werden.

Wir hoffen, dass sich Politik und Verwaltung für den Pflanzenschutzstandort Deutschland einsetzen. Deutschland muss bei Gestaltungs- und Auslegungsfragen auch auf europäischer und zonaler Ebene eine aktive Rolle im Sinne eines nachhaltigen und innovativen Pflanzenschutzes spielen. Das Zulassungsverfahren für Pflanzenschutzmittel in Deutschland muss effektiver werden, um im europäischen und zonalen Maßstab wettbewerbsfähig zu sein.

Mit der Rahmenrichtlinie zum nachhaltigen Einsatz von Pflanzenschutzmitteln hat die EU einen begrüßenswerten gesamteuropäischen Aufbruch zur weiteren Verringerung von Risiken beim Einsatz von Pflanzenschutzmitteln eingeleitet. Viele Inhalte der Rahmenrichtlinie sind in Deutschland schon seit Langem gängige Praxis, und mit seinem „Nationalen Aktionsplan“ kann sich Deutschland schon heute in Europa sehen lassen. Der Anpassungsbedarf erscheint eher gering. Umso wichtiger ist es, dass Augenmaß und Realitätssinn die weiteren Umsetzungsschritte bestimmen. Bei der Festsetzung der Ziele und Maßnahmen des „Nationalen Aktionsplans“ sind wirtschaftliche und soziale Aspekte genauso zu beachten wie ökologische. Nur ein ausgewogener Aktionsplan kann zu Recht das Prädikat „nachhaltig“ im Namen führen. Zentrale Maßnahmen sind Forschung, Aus- und Weiterbildung, Information sowie ein praktikabel gestalteter integrierter Pflanzenschutz.

Auch für Düngemittel geht auf europäischer Ebene ein neues Regelwerk an den Start mit dem Ziel der Vollendung des Binnenmarktes. Diesem Ziel dient auch die Harmonisierung der Rechtsvorschriften und ihrer Anwendung. Aus Sicht der Industrie sollte eine neue europäische Düngemittelgesetzgebung alle Produkte umfassen, die Pflanzennährstoffe liefern, also bis hin zu Kultursubstraten. Einheitliche Standards bezüglich Qualität und Unbedenklichkeit sind zu schaffen. Dringend erwünscht ist die Verkürzung der Zeit zwischen der behördlichen Prüfung und der Erlaubnis zur Vermarktung neuer Produkte.

Schließlich begann 2009 die Debatte über die Neuausrichtung der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik. Wir werden unseren Teil zu dieser Debatte beitragen und uns dafür einsetzen, dass die europäische Agrarpolitik auch weiterhin eine nachhaltige und effiziente Landwirtschaft fördert, die technische Fortschritte und Innovationen konsequent nutzt und nutzen kann. Nur so kann die Landwirtschaft ihren Aufgaben gerecht werden.

Volker Koch-Achelpöhler

Einbußen nach vielversprechendem Start

Der Pflanzenschutzmarkt 2009

Auch die deutsche Pflanzenschutzindustrie blieb im Berichtsjahr nicht von den Auswirkungen der weltweiten Rezession verschont. Allerdings waren die Einbußen nicht so gravierend wie in vielen anderen Industriebereichen. Der Nettoinlandsumsatz zum 31.12.2009 betrug 1,262 Milliarden Euro. Das entspricht einem Rückgang um 8,4 Prozent im Direktgeschäft zwischen Industrie und Großhandel im Vergleich zum 31.12.2008. Die Exporterlöse fielen um 1,3 Prozent auf 2,975 Milliarden Euro. Beide Werte zusammen ergeben einen Gesamtumsatz von 4,237 Milliarden Euro, was einem Rückgang von 3,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht (4,391 Milliarden Euro).

Der Weltpflanzenschutzmarkt

Der vorläufig geschätzte Weltpflanzenschutzmarkt ist gegenüber dem Jahr 2008 um 9,6 Prozent auf 37,7 Milliarden Dollar gefallen. Auf Euro-Basis ergibt sich ein Rückgang um 4,6 Prozent auf jetzt 27,1 Milliarden Euro. Die Anteile am Weltpflanzenschutzmarkt betragen für Westeuropa (EU 27) 27 Prozent, für Osteuropa 3 Prozent, für die USA, Kanada und Mexiko (NAFTA) 21 Prozent, für Asien/Ozeanien 25 Prozent, für Afrika/Mittlerer Osten 4 Prozent und für Lateinamerika 20 Prozent.

Der deutsche Pflanzenschutzmarkt

Der Start in das Jahr 2009 verlief noch recht vielversprechend. Die Kulturen waren trotz eines strengen Winters 2008 gut in das Frühjahr 2009 gekommen, und es hatte relativ wenige Umbrüche gegeben. Ein kalter März führte zu einem späten Vegetationsbeginn. Unterdurchschnittlich fielen die Niederschläge in den ersten vier Monaten des Jahres aus. In der Landwirtschaft ließ sich ein sparsamer Betriebsmitteleinsatz beobachten. Entsprechend zurückhaltend verhielt sich der Landhandel beim Einkauf. Trotz des späten Vegetationsbeginns waren die Erträge bei Getreide und Raps überdurchschnittlich hoch. Nach der Herbstaussaat dagegen ließ die lange Trockenperiode nur eine unterdurchschnittliche Entwicklung der Kulturen zu. Der ersten Kälteperiode Ende Oktober und dem verstärkten Regen folgte ein extremer Geschäftsrückgang.

Der Herbizidumsatz ist um 13,9 Prozent auf 538 Millionen Euro zurückgegangen. Der späte Saisonstart und die hohen Temperaturen im April verkürzten das Behandlungsfenster bei Getreideherbiziden auf ein Minimum. Der Umsatz bei Getreideherbiziden brach in der Folge ein, mit einschneidenden Auswirkungen auf den gesamten Herbizidmarkt.

Der Markt der Fungizide ist weniger zurückgegangen als der der Herbizide: minus 3,2 Prozent auf 511 Millionen Euro. Bei den Getreidefungiziden hat das Auftreten von pilzlichen Krankheiten den Markt stark beeinflusst. Bei den Rapsfungiziden konnte der stärkere Herbst das Minus des Frühjahrs ausgleichen.

Insektizide sind um etwa 3,5 Prozent gefallen. Der Umsatz 2009 betrug 139 Millionen Euro. In der Summe brachten die Landwirte zwar nicht weniger aus als im Jahr 2008, allerdings kauften sie weniger ein, da sie auf hohe Lagerbestände zurückgreifen konnten.

Der Umsatz der „sonstigen" Pflanzenschutzmittel, wie unter anderem Wachstumsregulatoren und Molluskizide, ist um 7,5 Prozent auf 74 Millionen Euro gesunken.

Die Pflanzenschutzmittel-Lagerbestände im Großhandel fielen zum 31.12.2009 im Vergleich zum Vorjahr um 2,4 Prozent auf 245 Millionen Euro. Die Parallelimporte nahmen im zweiten Halbjahr nochmals zu und bewegen sich mittlerweile bei 8 bis 10 Prozent des Marktwertes. Ein wesentlicher Anreiz dafür waren Kursdifferenzen zwischen dem Euro und den Währungen anderer EU-Mitgliedstaaten.

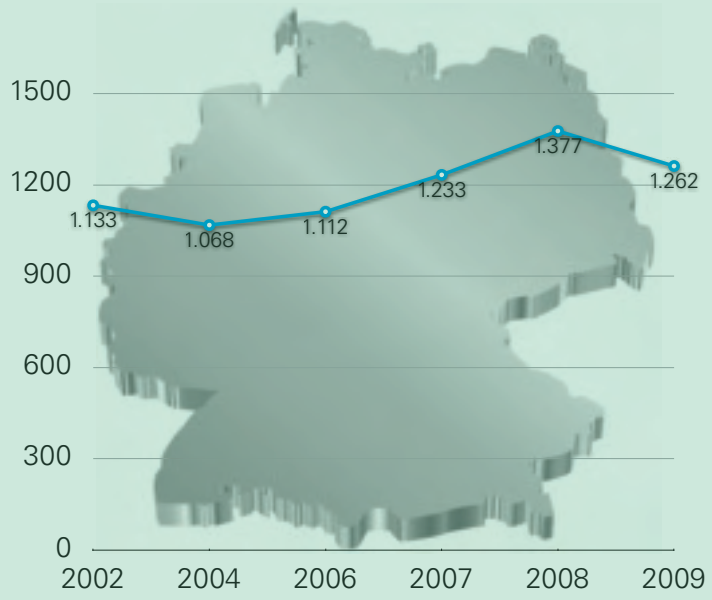
Wirkstoffproduktion und Export

Im Jahr 2009 sind in Deutschland 95 433 Tonnen Pflanzenschutzwirkstoffe produziert worden. Das bedeutet einen Rückgang im Vergleich zum Vorjahr um 17,6 Prozent. Der Wirkstoffexport der IVA-Mitgliedsfirmen betrug 100 843 Tonnen, das sind 7,4 Prozent weniger als im Jahr 2008.

Dr. Volker Kaus / Simone Rasch

Entwicklung des deutschen Pflanzenschutzmarktes

Nettoinlandsumsatz in Millionen Euro



Entwicklung des Weltpflanzenschutzmarktes

	2007	2008	2009
Weltmarkt in Milliarden €	24,6	28,4	27,1*
$-Kurs	0,74	0,68	0,72
Weltmarkt in Milliarden $	33,2	41,7	37,7*

* vorläufig

Entwicklung des Nettoinlandsumsatzes (NIU) und des Exportwertes in Milliarden Euro (IVA-Mitgliedsfirmen)

	2007	2008	2009	% 08/09
NIU	1,233	1,377	1,262	–8,4
Exportwert	2,639	3,014	2,975	–1,3
Summe	**3,872**	**4,391**	**4,237**	**–3,5**

Exportierte Wirkstoffmenge nach Wirtschaftsräumen in Tonnen (IVA-Mitgliedsfirmen)

	2007	2008	2009	% 08/09
USA/Kanada	8 687	12 905	12 024	–6,8
Mittel-/Südamerika	13 014	14 312	13 245	–7,5
Afrika	3 696	4 681	3 994	–14,7
Westeuropa	50 157	44 062	37 536	–14,8
Osteuropa	11 185	12 751	12 295	–3,6
Asien/Australien	14 826	20 220	21 749	7,6
Summe	**101 565**	**108 931**	**100 843**	**–7,4**

Ernteflächen der wichtigsten Kulturen in Deutschland in Tausend Hektar

	2007	2008	2009	% 08/09
Getreide	6 200	6 518	6 445	–1,1
Zuckerrüben	406	369	384	4,1
Mais	1 858	2 087	2 111	1,1
Raps	1 534	1 363	1 464	7,4
Summe	**9 998**	**10 337**	**10 404**	**0,6**

Produzierte Wirkstoffmenge in Deutschland in Tonnen (IVA-Mitgliedsfirmen)

	2007	2008	2009	% 08/09
Herbizide	16 693	19 633	17 496	–10,9
Fungizide	42 639	61 765	55 896	–9,5
Insektizide	17 221	23 223	13 983	–39,8
Sonstige	10 180	11 135	8 058	–27,6
Summe	**86 733**	**115 756**	**95 433**	**–17,6**

Umsätze von Pflanzenschutzmitteln für Haus und Garten in Millionen Euro (IVA-Mitgliedsfirmen) 2008 - 2009

	2008	2009
Herbizide	19 268	24 653
Insektizide	25 002	17 401
Fungizide	9 927	5 706
Molluskizide (Schneckenmittel)	12 675	8 759
Rodentizide	10 617	7 595
Haushaltsinsektizide	28 001	25 220
Sonstige Produkte	5 931	6 300
Gesamt	**111 421**	**95 634**

Trockene Witterung drückt auf Nachfrage

Pflanzenschutzmittel für Haus und Garten

Trockene Witterungsbedingungen prägten den Markt für biologische und chemische Produkte in Haus und Garten im zurückliegenden Jahr. Pilze, Insekten und Schnecken traten in geringerem Ausmaß auf. 2009 erzielte der Bereich Haus und Garten (einschließlich Balkon und Terrasse) einen Umsatz von 95,6 Millionen Euro. Das bedeutet einen Rückgang von rund 13 Prozent gegenüber 111,4 Millionen Euro im Vorjahr. Berechnungsbasis sind die Bruttopreise der Hersteller an den Handel*.

Mehr Unkrautbekämpfung und Ameisen – weniger Krankheiten, Schädlinge und Schnecken

Gezielt wirksame Herbizide, die zunehmend auch als anwendungsfertige Sprühmittel im Angebot sind, wurden 2009 verstärkt nachgefragt. Der Anteil an Herbiziden auf Basis von Fettsäuren hat weiter zugenommen. Insgesamt ist hier der Umsatz auf 24,7 Millionen Euro gestiegen (Vorjahr: 19,3 Millionen Euro).

Die Ausgaben für Insektizide gingen aufgrund des deutlich niedrigeren Schädlingsdrucks auf jetzt 17,4 Millionen Euro gegenüber 25,0 Millionen Euro im Vorjahr zurück.

Aufgrund des trockenen Sommers waren weniger Behandlungen gegen pilzliche Erkrankungen wie Mehltau, Rost und Sternrußtau notwendig. Insgesamt fiel der Fungizidumsatz von 9,9 auf jetzt 5,7 Millionen Euro. Auch der Abbau von Lagerbeständen im Handel hat zum Verkaufsrückgang beigetragen. Bei den Haushaltsinsektiziden ist ein Umsatzrückgang auf 25,2 Millionen Euro zu verzeichnen (Vorjahr: 28,0 Millionen Euro). Fliegende und kriechende Insekten wie Kleidermotten, Pelzkäfer, Schaben und Kellerasseln traten in geringerem Umfang auf. Ameisen spielten 2009 aufgrund der warmen und trockenen Witterung eine größere Rolle, so dass der Umsatz bei Ameisenmitteln auf 10,6 Millionen Euro stieg. Der Umsatz mit Ratten-, Mäuse- und Wühlmausmitteln fiel im vergangenen Jahr von 10,6 auf jetzt 7,6 Millionen Euro. Hauptursache ist der drastische Rückgang der Mäuse-Population im vergangenen Jahr.

Bei Molluskiziden sank der Umsatz auf 8,8 Millionen Euro gegenüber 12,7 Millionen Euro im Vorjahr. Hier führte insbesondere die Trockenheit im Frühjahr dazu, dass die Nacktschnecken 2009 ungünstige Lebensbedingungen vorfanden. Gegenüber dem extremen Schneckenbefall der Jahre 2007 und 2008 richteten sie daher an Kohlpflanzen und Salat weniger Schaden an.

Die Umsatzzahlen spiegeln auch im Berichtsjahr 2009 wider, dass sich die Anwendung nach dem tatsächlichen Bedarf richtet.

Bewährte Strukturen erhalten

Bei der Umsetzung der neuen EU-Zulassungsverordnung ist darauf zu achten, dass die Verfügbarkeit von Pflanzenschutzmitteln für den Bereich Haus und Garten nicht noch weiter eingeschränkt wird.

Der Hobbygärtner muss auch in Zukunft bewährte Produkte gezielt und sicher einsetzen können. Eine weitere Beschränkung von Wirkstoffen und Produkten für den Bereich Haus und Garten wäre weder sinnvoll noch gerechtfertigt. Maßnahmen wie Verkäufersachkunde, Selbstbedienungsverbot, Beratung und Aufklärung gewährleisten ein hohes Schutzniveau. Der IVA setzt sich deshalb dafür ein, dass Hersteller und Handel im Rahmen freiwilliger Selbstverpflichtungen die Schulung der Verkäufer und die Anwenderinformation weiter verbessern.

Thomas Neck / Simone Rasch

** Das Meldeverfahren der IVA-Statistik wurde 2009 vereinfacht. Die Ergebnisse basieren auf den Angaben der Mitgliedsfirmen im Fachausschuss Haus und Garten. Bisher waren die Einkaufspreise des Einzelhandels Berechnungsbasis. Tabelle sh. S. 6*

Auf den Boom folgte der Einbruch

Der Düngemittelmarkt 2008/2009

Die Weltlage

Außergewöhnlich war das Jahr 2008 für die Agrar- und Düngemittelmärkte der Welt: Ungekannte Höhenflüge riefen einerseits Euphorie hervor, andererseits prägten Schlagworte wie „Nahrungsmittelkrise“ die Diskussion. Ganz anders im Jahr 2009: Da sahen sich insbesondere die Düngemittelmärkte mit einer Umkehr hin zum anderen Extrem konfrontiert.

Die Unsicherheit über die Folgen der in der zweiten Hälfte 2008 einsetzenden Finanzkrise ließ die Preise für landwirtschaftliche Produkte mit Beginn des Jahres 2009 massiv einbrechen. Das Düngemittelgeschäft kam vorübergehend zum Stillstand. Inzwischen haben sich die Märkte zwar wieder stabilisiert, und die weltweite Nachfrage hat wieder eingesetzt. Dennoch hält die Unsicherheit der Marktteilnehmer an. Regional unterschiedliche Entwicklungen und Schwankungen lassen keine verlässliche Trendaussage für die nahe Zukunft zu.

Der Boom auf dem globalen Düngemittelmarkt im Jahr 2008 führte verstärkt durch die hohen Agrarpreise und das Kaufverhalten vieler asiatischer Regierungen zu einer Nährstoffnachfrage von insgesamt 168,7 Millionen Tonnen, entsprechend einer Zunahme um 4,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Europa (EU 27)

Der Absatz von Düngemitteln folgte den Entwicklungen auf den Agrarmärkten: In der ersten Hälfte des Berichtszeitraums nahm er insgesamt mit 4,5 Prozent deutlich zu. Bemerkenswert, dass dieser Anstieg mit einem Plus von 5,4 Prozent in den westlichen Mitgliedstaaten (EU 15) noch deutlicher ausfiel als in den Beitrittsländern, die bis dahin ein stärkeres Wachstum gezeigt hatten.

Da die weitere Entwicklung kaum einzuschätzen war, neigten die Marktteilnehmer 2009 zu einer abwartenden Haltung. In der Folge brach der Düngemittelmarkt in Europa nahezu zusammen. Erst gegen Ende des Jahres 2009 machten sich Stabilisierungstendenzen bemerkbar. Die Absatzzahlen bewegen sich inzwischen wieder auf das Niveau eines Normaljahres zu.

Deutschland

Die ungewöhnlichen Entwicklungen auf den Agrar- und Düngemittelmärkten bestimmten auch das Geschäft in Deutschland. Höchstpreisen folgten historische Tiefstpreise, die Absatz-

mengen fielen bis zum Ende des Düngejahres am 30. Juni 2009 auf das niedrigste Niveau seit Jahrzehnten zurück. Dagegen hatte der unspektakuläre Witterungsverlauf im Berichtszeitraum im Vergleich zu den Marktbewegungen keinen signifikanten Einfluss auf die Entwicklungen.

Inzwischen hat sich der Markt wieder beruhigt, und die Absatzmengen in der laufenden Saison entwickeln sich in Richtung eines durchschnittlichen Jahres, werden also Ende Juni 2010 voraussichtlich über den Mengen des Wirtschaftsjahres 2008/2009 liegen.

Stickstoff (N)

Der Absatz an Stickstoffdüngern lag 2008/2009 bei insgesamt 1,55 Millionen Tonnen N. Das entspricht einem Rückgang um 15 Prozent gegenüber dem Vorjahr und der geringsten Absatzmenge seit über 35 Jahren.

Mit 40 Prozent nahm die Sorte Kalkammonsalpeter den größten Anteil ein, trotz eines Rückgangs um 23 Prozent. Im Gegensatz dazu verzeichnete der Absatz von Harnstoff einen Zuwachs von 42 Prozent und erreichte damit einen Anteil von 27 Prozent am Gesamtabsatz.

Phosphat (P_2O_5)

Die Absatzmenge bei P_2O_5 fiel auf den Tiefststand seit Ende des Zweiten Weltkriegs: Nach den niedrigen Absatzmengen der jüngeren Vergangenheit war nicht erwartet worden, dass sich die Absatzmenge mit einem Rückgang um 45 Prozent auf nunmehr 174 345 Tonnen erneut fast halbieren würde. Die größten Phosphatmengen gingen über Mehrnährstoffdünger (NP-Dünger und NPK-Dünger) an die Landwirtschaft.

Kali (K_2O)

Beim Absatz von Kalidüngern war der Einbruch am dramatischsten. Er ging um 65 Prozent auf 179 171 Tonnen K_2O zurück. Kaliumchlorid war mit einem Anteil von 46 Prozent beteiligt, auf Kaliumsulfat entfielen 12 Prozent.

Kalk (CaO)

Vergleichsweise geringe Veränderungen waren beim Absatz von Düngekalk 2008/2009 gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Mit einer Zunahme um 1 Prozent erreichte er insgesamt 2,24 Millionen Tonnen CaO. Der bedeutendste Anteil entfiel mit 70 Prozent wie üblich auf den „kohlensauren Kalk".

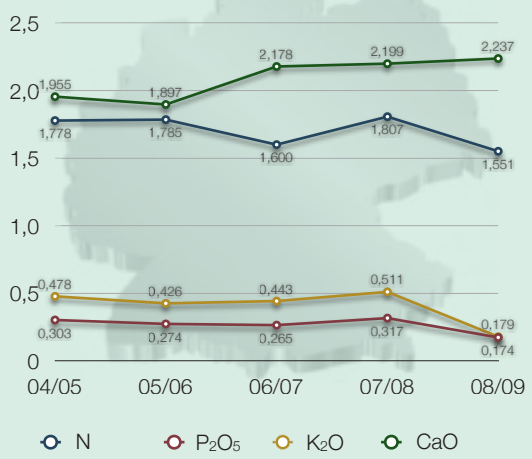
Dr. Dietrich Pradt

Aktueller Stickstoff-Düngemittelabsatz in Deutschland
in Tausend Tonnen Stickstoff

Monat	2008/09	2009/10
Juli	166,3	178,8
August	149,8	146,6
September	152,0	117,0
Oktober	125,4	108,9
November	92,8	129,8
Dezember	91,4	109,5
Januar	129,8	120,1
Februar	106,4	116,4
Juli - Februar	1 013,9	1 027,1

Quelle: DASTA-Wünsch

Entwicklung des Düngemittelabsatzes in Deutschland
in Millionen Tonnen Nährstoffe



Europa vor der „Stunde Null“?

Die neue Pflanzenschutzverordnung

Am 24. November 2009 wurde die „Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln“ im Amtsblatt der EU veröffentlicht. Sie tritt zum 14. Juni 2011 vollständig in Kraft und löst die bisher geltende „Richtlinie 91/414/EWG“ ab. Drei Jahre lang war in Brüssel hart um politische Kompromisse gerungen worden. Naturgemäß fielen die Reaktionen bei Industrie, Umweltverbänden und Landwirtschaft höchst unterschiedlich aus.

Licht und Schatten der neuen Verordnung

Während das Umweltbundesamt die neue Pflanzenschutzgesetzgebung als „großen Wurf für den Umweltschutz“ bezeichnete, sieht die Pflanzenschutzindustrie das neue Gesetzeswerk mit gemischten Gefühlen. Mit der neuen Verordnung verfolgte die EU-Kommission unter anderem zwei Ziele: die Beschleunigung der Wirkstoffgenehmigung und mehr Harmonisierung in der Produktzulassung. Die Instrumente dafür stoßen allerdings nicht nur auf Gegenliebe. Um das Verfahren zu beschleunigen, sollen zum Beispiel Wirkstoffe mit besonders gefährlichen Eigenschaften bereits in der Anfangsphase aus dem Verfahren ausgesondert werden. Gab bisher die sichere Verwendung den Ausschlag für die Zulassungsfähigkeit, spielt diese künftig für solche Stoffe keine Rolle mehr. Für die Pflanzenschutzindustrie und ihre Kunden, die Landwirte, bedeutet dies den Verlust bewährter Problemlösungen. Und das, nachdem durch das Altwirkstoffverfahren bereits zwei Drittel der Wirkstoffe vom Markt verschwunden sind.

Eine Chance für ein effizienteres Zulassungsverfahren und mehr Planungssicherheit sehen die Antragsteller hingegen in der zonalen Zulassung. Sie beruht auf der Einteilung der EU in drei Zonen – Nord, Mitte und Süd – und sieht eine weitgehend harmonisierte Zulassung innerhalb der Zonen vor. Dafür sollen Anträge arbeitsteilig bewertet werden: Der Antragsteller wählt einen federführenden Mitgliedstaat (zonaler Rapporteur, ZRMS) aus, der eine Bewertung erstellt. Diese wird dann von den anderen Staaten kommentiert. Die erste Zulassung erteilt der ZRMS. Sie wird unter Berücksichtigung nationaler Gegebenheiten von den anderen Mitgliedstaaten der Zone anerkannt. Für dieses Verfahren gelten anspruchsvolle Fristen: zwölf Monate für die eigentliche Bewertung durch den ZRMS, bei Nachforderungen bis zu sechs Monate länger. Die übrigen Mitgliedstaaten haben lediglich 120 Tage Zeit für die Anerkennung. Verglichen mit den bisher in Deutschland üblichen Zeiträumen von durchschnittlich zwei Jahren wäre dies ein bedeutender Fortschritt.

Das zonale Verfahren: Behörden im Wettbewerb

Das neue Verfahren verspricht eine deutliche Arbeitsersparnis, da nun nicht mehr in jedem Mitgliedstaat das volle Verfahren durchlaufen werden muss. Die knappen Fristen sollen eine rasche Zulassung in mehreren Mitgliedstaaten gewährleisten. Die Bewertungsbehörden müssen daher eine zügige Bearbeitung der Anträge sicherstellen. Eine Umfrage des europäischen Pflanzenschutzverbands ECPA in den Mitgliedsfirmen ergab, dass Mitgliedstaaten, in denen – wie in Österreich oder Großbritannien – eine einzige Institution für die Zulassung zuständig ist, meist mit den kürzesten Bearbeitungszeiten punkten können. Andere Mitgliedstaaten organisieren sich derzeit neu, um für die kommenden Herausforderungen gerüstet zu sein. Künftig zählt nicht nur eine wissenschaftlich hochwertige und zügige Bewertung. Gefordert werden auch transparente Bewertungs- und Zulassungsberichte in einheitlichem Format und in englischer Sprache.

Harmonisierung als Herausforderung

Das Berichtsformat dürfte das geringste Problem sein, denn die Vielfalt an nationalen Prüfanforderungen, Entscheidungskriterien und Bewertungs-

modellen ist derzeit nicht überschaubar. So gibt es allein für die Ermittlung der Anwenderexposition drei anerkannte Modelle aus Deutschland, Großbritannien und den Niederlanden. Daneben existieren in anderen Staaten noch nationale Modelle oder Module. Zum Versickerungsverhalten werden zum Beispiel in Deutschland oft mehrjährige Lysimeterstudien gefordert, während sich andere Mitgliedstaaten auf Modellrechnungen verlassen.

Der größte Nachholbedarf in Sachen Harmonisierung besteht nach Meinung von Behörden und Industrie auf dem Gebiet der Wirksamkeit, denn seit Einführung der Indikationszulassung Ende der 90er-Jahre wurden die Anwendungsgebiete noch nicht harmonisiert. So kann etwa die Indikation „Getreide" in verschiedenen Ländern durchaus unterschiedliche Einzelkulturen umfassen. Auch die Angabe von Aufwandmengen sowie die Beschreibung von Schadorganismen und Anwendungstechniken können stark variieren. Ob sich hier jemals eine vollständige Harmonisierung erreichen lässt, ist offen.

Wie kann das neue Verfahren funktionieren?

Die Mitgliedsfirmen des IVA haben als Antragsteller größtes Interesse an einem funktionsfähigen, effizienten Zulassungsverfahren. Der regelmäßige Austausch mit den Bewertungsbehörden zu Verfahrensfragen wird deshalb in der Umsetzungsphase an Bedeutung gewinnen. Wichtigste Voraussetzungen für ein funktionsfähiges Verfahren sind aus Sicht der Antragsteller eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten, die Bereitschaft zur Anerkennung der Bewertungen anderer Behörden und die Flexibilität, sich auf neue Abläufe einzustellen.

Erste Schritte hin zu einer engeren Zusammenarbeit wurden Ende Januar 2010 im Rahmen eines Workshops vereinbart, zu dem die EU-Kommission etwa 70 Vertreter aus allen Mitgliedstaaten nach Braunschweig eingeladen hatte. Dort wurde ein Leitlinienentwurf vorgestellt, der unter anderem die Einrichtung zonaler Steuerungsgremien vorsieht, die die Verteilung der Anträge und die Abstimmung der Kommentare koordinieren sollen. Auch wird in Erwägung gezogen, ein ständiges Sekretariat einzurichten. Einige Mitgliedstaaten befürchten allerdings, dadurch an Eigenständigkeit zu verlieren.

Das alte Pflanzenschutzgesetz hat ausgedient

Die neue Pflanzenschutzgesetzgebung umfasst neben der „Zulassungsverordnung (EG) Nr. 1107/2009" noch ein Paket aus drei weiteren Regelwerken. Zur Umsetzung dieser umfangreichen Regelungen plant das federführende Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) eine Neufassung des deutschen Pflanzenschutzgesetzes. Das bedeutet zwar nicht, dass nun alles anders wird, denn die neue Verordnung baut auf der „Richtlinie 91/414/EWG" auf, und Teile davon gelten übergangsweise noch weiter. Allerdings kommt auf Deutschland eine zusätzliche Herausforderung zu, denn das deutsche Zulassungsverfahren muss sich mit den Fristen des europäischen Wirkstoffverfahrens synchronisieren.

Umso wichtiger ist es für die deutsche Pflanzenschutzindustrie, dass der IVA das Gesetzgebungsverfahren intensiv begleitet, damit das neue Gesetz praxisgerecht ausgestaltet wird. Das gemeinsame Interesse dabei ist, Deutschland zu einem attraktiven Zulassungsstandort zu machen, der innerhalb der zentralen Zone eine tonangebende Rolle spielen kann.

Dr. Regina C. Fischer

Die unterschätzten Klimaschützer

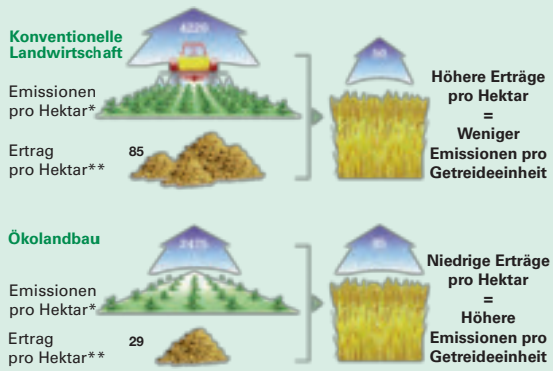
Weniger Treibhausgase durch Pflanzenschutz und Düngung

Machen Pflanzenschutz und Düngung Landwirte zu Klimasündern? Forschungsergebnisse zeigen ein anderes Bild.

Der Klimawandel ist das erste wirklich globale Umweltproblem, und er wird nur durch generationsübergreifende Anstrengungen einzudämmen sein – vor allem aber gibt es nicht „die eine" Lösung und auch keine Patentrezepte. In der öffentlichen Diskussion wird dies oft verkürzt. Gerade in Zeiten intensiver Berichterstattung über Klimathemen, wie zuletzt vor der Konferenz von Kopenhagen im Dezember 2009, haben plakative Thesen Konjunktur. Mal erscheint Solarenergie als alleiniger Heilsbringer, dann die vegane Ernährung oder die Einstellung des Flugverkehrs – und gerne wird eine Landwirtschaft ohne Agrochemie gefordert.

Doch wie stichhaltig ist diese Forderung? Gewinnt das Klima wirklich, wenn landauf, landab nur noch Ökolandbau betrieben wird? Das Argument klingt verführerisch. Denn lohnt der Aufwand der industriellen Produktion chemischer Pflanzenschutzmittel? Ist nicht gerade die Herstellung synthetischer Stickstoffdünger sehr energieintensiv? Keine Frage: Vergleicht man die Emissionen eines ökologisch bewirtschafteten Hektars Ackerland mit denen eines konventionell bebauten, steht Öko zunächst besser da. Doch eine Betrachtung, die sich nur auf die bewirtschaftete Fläche konzentriert, führt am Thema vorbei. Sie blendet aus, dass die Erträge der konventionellen Landwirtschaft auf gleicher Fläche annähernd doppelt so hoch sind.

Rechenexempel: Konventionell klimafreundlicher dank hoher Erträge



Reduziert man die Betrachtung also nicht auf die bewirtschaftete Fläche, sondern schaut auf die Emissionen pro Getreideeinheit (GE), wendet sich im Ackerbau das Bild. Bei einem Vergleich der Gesamtemissionen einer Fruchtfolge „weisen ökologisch bewirtschaftete Ackerbaubetriebe (85,5 Kilogramm CO_2-Äquivalente pro GE) im Vergleich zu konventionellen Betrieben (49,6 Kilogramm CO_2-Äquivalente pro GE) deutlich höhere Treibhausgasemissionen auf", stellten Forscher der Universität Kiel fest (vgl. Abb.).

Landwirtschaft ist vielfältig, und auch wenn diese Ergebnisse nicht eins zu eins auf alle Kulturen und alle Standorte übertragbar sind, zeigt sich, dass wir genau hinsehen müssen. Sind Pflanzenschutz und Düngung womöglich unterschätzte Klimaschützer?

Ein anderes Beispiel: die Energiebilanz der konventionellen Landwirtschaft. Auch hier zeigt sich ein differenziertes Bild. Die Herstellung von Düngemitteln ist, trotz ständig steigender Effizienz der Prozesse, energieintensiv. Bevor eine Tonne Stickstoffdünger auf dem Acker wirken kann, sind bei Produktion, Transport und Ausbringung rund zwölf Megawattstunden Energie aufgewendet worden. Das ist viel: Diese Energiemenge würde reichen, ein durchschnittliches Eigenheim für zwei bis drei Jahre mit Strom zu versorgen. Zu viel?

Das lässt sich nur beantworten, wenn man die Energiebilanz bildet, also nicht nur die eingesetzte Energie betrachtet, sondern auch die Energiemenge des Erntegutes. So zeigte sich in Feldversuchen am Beispiel von Weizen, dass durch den optimalen Einsatz von Stickstoffdüngung pro Hektar 55 Gigajoule (rund 15 Megawattstunden) Energie zusätzlich gebunden werden. Einen Einsatz von 170 Kilogramm Dünger pro Hektar

** in CO_2-Äquivalenten; **in Getreideeinheiten (Taube 2004, Untersuchung zu Ackerbaustandorten in Norddeutschland)*

vorausgesetzt, übersteigen die zusätzlich erzielten Erträge die eingesetzte Energiemenge (Produktion, Transport, Ausbringung) um das Sechsfache. Düngung verbessert somit die Energieeffizienz der Landwirtschaft nachhaltig.

Nicht anders sieht die Bilanz bei Pflanzenschutzmitteln nach einer aktuellen Studie der Cranfield University im Auftrag der britischen Crop Protection Association aus. An den gesamten Treibhausgasemissionen des Pflanzenbaus machen die Herstellung und der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln rund drei Prozent aus. Gleichzeitig berechneten die Forscher jedoch, dass durch die mit dem Einsatz von Pflanzenschutzmitteln erzielten höheren Ernteerträge das CO_2-Einsparpotenzial die Emissionen bei der Herstellung um das Zehnfache übersteigt.

Ob, wann und in welchen Dosen Agrochemie in der Landwirtschaft zum Einsatz kommt, folgt natürlich nicht mathematischen Berechnungen, sondern der guten fachlichen Praxis der Landwirte, die sie verantwortungsvoll und ressourcenschonend einzusetzen wissen. Auf den Klimawandel gemünzt wäre der vollständige Verzicht auf Pflanzenschutz und Mineraldünger nicht nachhaltig.

Die nach wie vor wichtigste Aufgabe der Landwirte in aller Welt ist die Produktion von Nahrungsmitteln. Nach Schätzung der Vereinten Nationen werden sie bis Mitte des Jahrhunderts ihre Produktion um 70 Prozent steigern müssen. Das kann nur auf zwei Wegen erfolgen: Entweder wird die Produktion auf bestehenden Anbauflächen gesteigert oder neue Flächen müssen unter den Pflug genommen werden.

Aus der Perspektive des Klimaschutzes ist die zweite Option (mehr Land) nicht nachhaltig. Selbst nach den Schätzungen des Interessenverbands Bioland müsste allein in Deutschland 69 Prozent mehr Fläche landwirtschaftlich genutzt werden, wenn die gleiche Menge Lebensmittel ausschließlich nach den Regeln des Ökolandbaus produziert würde.

Man kann diese Aussage auch wenden: Durch integrierte landwirtschaftliche Produktion werden Ökosysteme wie Wälder, Moore oder Grünland geschützt und können ihre im Klimaschutz wichtige Funktion als Kohlendioxidspeicher bewahren. Auch der Weltklimarat IPCC nennt in seinem jüngsten Bericht im landwirtschaftlichen Kapitel höhere Erträge und veränderte Landnutzung im Pflanzenbau bei den Einsparpotenzialen an vorderster Stelle.

Die Diskussion über Klimawandel und Klimaschutz ist längst in der Mitte der Gesellschaft angekommen und wird nicht nur in Expertenzirkeln geführt. Und so hat der IVA auf seinem Messestand während der „Grünen Woche 2010“ einen Dialog mit der breiten Öffentlichkeit zu dem Thema gestartet und einige der wissenschaftlichen Erkenntnisse in anschauliche Exponate übertragen. Das meist beachtete Exponat waren zwei rote Ballons über einem Warenkorb mit landwirtschaftlichen Produkten, die die unterschiedlichen Emissionen von Öko- und konventionellem Landbau symbolisierten. Sehr ähnlich war die Reaktion der Besucher, wenn sie erfuhren, dass der größere Ballon für den Ökolandbau steht: „Oh, das hätte ich nicht gedacht.“

Martin May

Augenmaß und Pragmatismus gefragt

Zwischenbilanz beim „Nationalen Aktionsplan“

Die „Richtlinie 2009/128/EG über einen Aktionsrahmen der Gemeinschaft für die nachhaltige Verwendung von Pestiziden“ (Rahmenrichtlinie) trat am 25. November 2009 in Kraft. Ein Kernelement ist die Erarbeitung nationaler Aktionspläne. Deutschland hat mit dem „Nationalen Aktionsplan zur nachhaltigen Anwendung von Pflanzenschutzmitteln (NAP)“ bereits eine anspruchsvolle Grundlage vorgelegt, die viele Anforderungen der EU-Rahmenrichtlinie schon heute erfüllt.

In einem Fachworkshop des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) im Juni 2009 in Potsdam wurde als Leitlinie zur Weiterentwicklung der Ziele und Maßnahmen ein gemeinsames Eckpunktepapier verabschiedet. Der IVA brachte Positionen und Fachbeiträge in den Workshop ein und gestaltete das Papier maßgeblich mit.

Das Globalziel der Risikominderung wird grundsätzlich von allen Teilnehmern unterstützt. Um es zu erreichen, müssen weitere Teilziele definiert werden. Hier gab es einige kontroverse Diskussionen wie beispielsweise beim Teilziel „Erhöhung der Agrobiodiversität“. Dazu wurde im Workshop noch keine Festlegung getroffen.

Eine konkrete Forderung im Eckpunktepapier lautet, dass der Anteil der Überschreitungen von Rückstandshöchstgehalten zukünftig unter einem Prozent liegen soll.

Um messen zu können, ob und wie weit die Ziele erreicht werden, sollen Indikatoren entwickelt werden. Die Industrie setzt sich dafür ein, dass hierbei neben ökologischen auch ökonomische und soziale Aspekte hinreichend Berücksichtigung finden.

Eine weitere Forderung der Industrie zielt auf die Entwicklung von Indikatoren, mit denen sich die Erfolge der Maßnahmen des Aktionsplans messen lassen.

Konsens besteht darüber, die Beratung zu stärken und zu intensivieren. Darüber hinaus sollen die Verbände kultur- und sektorspezifische Leitlinien für den integrierten Pflanzenschutz entwickeln.

Die Wahrnehmung des Nutzens und der Notwendigkeit des Pflanzenschutzes soll bei Politik und Verbrauchern verbessert werden. Es wurde vereinbart, dass die Akteure entsprechende Kommunikationskonzepte entwickeln.

Der IVA begrüßt, dass die Forderung einer verbesserten Verfügbarkeit von Pflanzenschutzmitteln, zum Beispiel für ein erfolgreiches Resistenzmanagement, in das Papier aufgenommen wurde.

Wie geht es weiter?

Bis spätestens Dezember 2012 muss der NAP der Europäischen Kommission vorgelegt werden. Eine Arbeitsgruppe aus Vertretern von Bund und Ländern will bis Mitte 2010 einen Rohentwurf vorlegen. Das Forum „Nationaler Aktionsplan zur nachhaltigen Anwendung von Pflanzenschutzmitteln“ begleitet den Fortgang der Arbeiten. Der IVA wird die weitere Entwicklung konstruktiv mitgestalten: Er wird sich dafür einsetzen, dass die Anforderungen zur Risikominderung pragmatisch und angemessen ausgestaltet werden. Sie müssen sich auch in Zukunft an den Erfordernissen der pflanzenbaulichen Praxis orientieren.

Thomas Neck

Die Rückkehr der Feldlerche

Landwirtschaft und Biodiversität sind kein Widerspruch

Das Jahr 2010 ist das Jahr der Biodiversität, der Vielfalt der Arten und ihrer Lebensräume. In der Diskussion tauchen zwei Behauptungen immer wieder auf:

1. „Immer mehr Arten sterben aus."
2. „Intensive Landwirtschaft verhindert Biodiversität."

Ist das wirklich so? Wissenschaftler treffen andere Aussagen: „Wenn ehrlich Bilanz gemacht würde, käme man für die Säugetier- und Vogelarten in den meisten Regionen Mitteleuropas zu dem Ergebnis, dass seit 1900 die Artenzahl zu- und nicht abgenommen hat."(Reichholf, J. H., 2009)

Warum wird dann immer wieder das Gegenteil behauptet? Der Grund ist, dass der Artenschutz „alteingesessenen" Arten einen anderen Stellenwert zumisst als so genannten Neusiedlern. Neu zugewanderte Arten werden erst einmal nicht mitgezählt, wohl aber die Abgänge der bekannten heimischen Arten.

Keine Entwicklung ohne Wandel

Den Wandel als wesentliches Charakteristikum der Ökologie anzunehmen scheint vielen Menschen schwerzufallen. Die Naturschutz-Artenschutz-Ökologiebewegung versucht immer wieder, Verhältnisse als ideal zu definieren, die zu einem früheren Zeitpunkt geherrscht haben. Diesen Idealzustand gelte es zu erhalten oder wieder herzustellen. Aber wann war der Idealzustand gegeben? Vor 50, vor 100 oder vor 200 Jahren? Selbst wenn sich Zustand und Zeitpunkt definieren ließen, die Verhältnisse vergangener Tage lassen sich trotzdem nicht wieder herstellen. Wer wäre auch heute mit den bescheidenen Erträgen einer Landwirtschaft wie vor 50 oder 100 Jahren zufrieden?

Die Saatgutreinigung unserer Vorfahren war so wenig effizient, dass Samen der Kornblume immer wieder mit ausgesät wurden. Heute hat es zwar die Kornblume schwerer, trotzdem überwiegen die positiven Effekte der Saatreinigung: Nicht nur Unkrautsamen werden herausgereinigt, sondern auch Mutterkörner, die in früheren Jahrhunderten häufig schwere Vergiftungen verursachten.

Die Kornblume ist mit dem Getreideanbau vor Jahrhunderten aus dem östlichen Mittelmeerraum eingewandert. Sie zählt zu den Altsiedlern oder Archeophyten. Noch vor 100 Jahren war sie ein gefürchtetes Ackerunkraut, heute verbinden viele mit ihr das Bild einer schönen, blühenden Ackerflur. Inzwischen wird die hübsche Zugereiste mit Samenmischungen in so genannten Blühstreifen wieder ausgesät.

Eine jüngere Geschichte hat in unseren Breiten die Rosskastanie, die aus dem Balkan stammt. Der Baum wird immer noch als Neusiedler

geführt, da er erst nach 1492 eingewandert ist. Das Jahr der Entdeckung Amerikas markiert die entscheidende Zeitgrenze: Pflanzen und Tiere, die nach 1492 neu zugewandert sind, werden als Neusiedler bezeichnet.

Seit dem vergangenen Jahrhundert ist die Rosskastanie als Charakterbaum bayerischer Biergärten nicht mehr wegzudenken. Bedauerlicherweise ist nun aus ihrer ursprünglichen Heimat die Kastanienminiermotte „nachgezogen". Der invasive Schädling bedrängt viele Kastanien schwer und lässt die Blätter schon im Juli, August braun werden. Pflanzenschutzmittel, die direkt in den Saftstrom der Bäume eingeimpft werden, sollen es möglich machen, auch im August noch unter grünen Kastanienbäumen im Biergarten ein Weißbier zu genießen.

Koordiniertes Biotopmanagement – ein Weg zur Erhaltung der Artenvielfalt

Die zweite häufig wiederholte Behauptung: „Intensive Landwirtschaft verhindert Biodiversität.". Wo intensiv Landwirtschaft betrieben wird, ist auf der kultivierten Fläche die Biodiversität niedriger als an naturbelassenen Standorten. Die Landwirtschaft braucht Flächen, auf denen vorwiegend Getreide, Mais oder Zuckerrüben gesund heranwachsen, ohne mit Unkräutern um Wasser und Nährstoffe konkurrieren zu müssen, frei von Pilzbefall, der ihr Wachstum stört, und ohne Insekten, die an den Pflanzen fressen. Ließe man Unkräuter ungestört wachsen, wäre die Kulturpflanze in ihrem Wachstum gehemmt, der Ertrag würde geschmälert und die Ernte erschwert oder vollends unmöglich. Die Ökobilanz für eine solche Fläche würde miserabel ausfallen: viel Saatgut, Treibstoff und Arbeit für dürftigen Ertrag.

Kommen weniger Unkräuter vor, nimmt auch die Anzahl der Insektenarten und die Zahl der Individuen pro Art auf der bewirtschafteten Fläche ab. Dies kann zur Folge haben, dass auch weniger Vögel dieses Feld aufsuchen, weil sie dort weniger Nahrung finden. Dabei spielt es keine Rolle, ob die Unkräuter durch Herbizide oder durch mechanische Maßnahmen, wie Striegeln, beseitigt wurden.

Wenn der Bedarf an Nahrungsmitteln mit den hohen Erträgen intensiv bewirtschafteter Flächen gedeckt werden kann, dann darf auf den verbleibenden Flächen die Biodiversität im Vordergrund stehen. Artenvielfalt wird in erster Linie durch Vielfalt der Lebensräume (Habitate) gefördert. Dort, wo Kulturpflanzen wachsen sollen, ist es unmöglich, gleichzeitig Habitatvielfalt zu pflegen und angemessene Erträge zu erzielen. Dieser alte ökologische Grundsatz gilt nach wie vor. Auf frei bleibenden Flächen dagegen kann Biodiversität gefördert werden. Die Strategie heißt koordiniertes Biotopmanagement.

Die Feldlerche kommt zurück

Wie schon kleine Managementmaßnahmen sogar innerhalb intensiv geführter Kulturpflanzenbestände funktionieren können, zeigt das Beispiel der Feldlerchenfenster.

Die Feldlerche ist eine heimische Vogelart und seit den 60er-Jahren in ganz Europa stark zurückgegangen. Eine der Ursachen dafür liegt im starken Rückgang des Sommerweizenanbaus. Die Feldlerche fand kaum noch günstige Nistplätze und Futter, war Raubtieren ausgeliefert und nicht zuletzt auch durch landwirtschaftliche Maschinen gefährdet. Dank der Feldlerchenfenster hat sich der Bestand stellenweise vervierfacht. Innerhalb der Äcker bleiben ausgewiesene kleine Bereiche brach liegen. Solche Fenster von der Breite einer Sämaschine und fünf bis zehn Meter Länge bieten ideale Brut- und Nahrungsbedingungen. Sind die Fenster einmal angelegt, können Dünger und Pflanzenschutzmittel wie gewohnt eingesetzt werden, ohne die Brut der Vögel zu beeinträchtigen.

Dr. Friedrich Dechet

Auf der Suche nach einheitlichen Standards

Eine neue Düngemittelverordnung für Europa

Einen Wirtschaftsraum ohne Binnengrenzen mit freiem Warenverkehr soll Artikel 28 des EG-Vertrages zum Binnenmarkt eröffnen. Mit der „Verordnung (EG) Nr. 764/2008“ der EU zur gegenseitigen Anerkennung nationaler Rechtsvorschriften soll dieser Grundsatz konkretisiert und umgesetzt werden.

Aus dem Weg zu räumen sind demnach alle nationalen Maßnahmen, die den innergemeinschaftlichen Warenhandel behindern. Weil EU-weit harmonisierte Rechtsvorschriften fehlen, soll die „gegenseitige Anerkennung“ nationaler Vorschriften den freien Warenverkehr bereits vor einer endgültigen europäischen Harmonisierung ermöglichen. Daraus ergibt sich, dass Düngemittel, die in einem Mitgliedstaat verkehrsfähig sind, auch in anderen Mitgliedstaaten in Verkehr gebracht werden dürften. Hier gibt es in Auslegung und Anwendung erhebliche Unterschiede. (vgl. Düngemittelrecht: Entwicklungen und Neuregelungen, Seite 19).

Letztlich kann der europäische Binnenmarkt für Düngemittel nur verwirklicht werden, wenn es einheitliche Regelungen gibt. Die Auslegung und der Vollzug „fremder“ Rechtsvorschriften durch nationale Behörden im Rahmen der gegenseitigen Anerkennung erscheint nicht praktikabel. Deshalb wird die EU-Kommission eine grundsätzliche Überarbeitung der Regelungen für Düngemittel unter dem Motto „New Approach“ in Angriff nehmen.

Dies erscheint richtig und notwendig, auch wenn die weitaus meisten Mineraldünger als „EG-Typen“ durch die bestehende EU-Düngemittelverordnung bereits einer einheitlichen Regelung unterliegen.

Wichtige Fragen

Auf dem Weg zu europäisch harmonisierten Regelungen für Produkte, die Nährstoffe mit düngender Wirkung enthalten, stehen auch zahlreiche Hürden in Form ungeklärter Fragen: zum Beispiel, ob es überhaupt ein harmonisiertes EU-Recht geben, und, wenn ja, ob es denn vollständig harmonisiert werden soll. Eine einvernehmliche Antwort ist noch nicht in Sicht.

Wird grundsätzlich eine Vereinfachung angestrebt, und wie könnte sie aussehen? Beispiels-

weise wird diskutiert, die Düngemitteltypen durch eine Liste erlaubter Inhaltsstoffe zu ersetzen.

Welche Kriterien erhalten welchen Stellenwert? Hier ist an Qualität, Nährstoffeffizienz, Sicherheit und Unbedenklichkeit zu denken.

Sollten alle Produkte, die Nährstoffe enthalten, in einem oder in mehreren Rechtstexten geregelt werden? Sollte das neue Regelwerk also nicht nur mineralische, organo-mineralische und organische Düngemittel, sondern auch Pflanzenstärkungsmittel und Bodenverbesserer sowie Kultursubstrate berücksichtigen?

Lösungsansätze

Die EU-Kommission verfolgt mit dem „New Approach" für die Düngemittelgesetzgebung einen Ansatz, der einfach und transparent sein soll, ohne die vielfältigen Inhalte bisheriger Vorschriften aufzugeben. Angestrebt werden deshalb einheitliche Standards im Binnenmarkt. Ein Gedanke der Kommission gilt dabei der Abschaffung der bisherigen Düngemitteltypen, weil die Übernahme und fortlaufende Aktualisierung aller nationalen Düngemitteltypen in Gemeinschaftsrecht zu einem komplizierten und unüberschaubaren Regelwerk führen würde.

An die Stelle der bisherigen Düngemitteltypen könnte aus Sicht der Kommission eine Liste von einsetzbaren Inhaltsstoffen (Nährstoffen) treten, die bestimmten Anforderungen bezüglich Wirksamkeit und Unbedenklichkeit entsprechen müssten. Die Kommission strebt ein Regelwerk an, das alle Produkte umfasst, die Pflanzennährstoffe liefern.

Anforderungen aus Sicht der Düngemittelindustrie

In einer ersten, vorläufigen Bewertung durch die europäische Düngemittelindustrie kristallisieren sich die folgenden Punkte als Kernprobleme heraus: Die Erfahrungen mit den bestehenden Düngemitteltypen der EU-Düngemittelverordnung sind insgesamt positiv. Die Verordnung beschreibt Typen, die einen vorteilhaften und unbedenklichen Einsatz vor allem in der Landwirtschaft gewährleisten. Die Eigenschaften beispielsweise eines Kalkammonsalpeters sind in der Praxis bekannt. Eine ersatzweise Benennung seiner Inhaltsstoffe würde besonders die Anwender für längere Zeit verunsichern. Deshalb meldet die Industrie erhebliche Vorbehalte gegenüber einer Aufgabe der Düngemitteltypen an. Sollte es dennoch zu einer Listung von Inhaltsstoffen kommen, muss mit EU-Standards sichergestellt werden, dass die Eigenschaften der Düngemittel, wie garantierte Nährstoffgehalte, Füllstoffe oder Mischbarkeit mit anderen Inhaltsstoffen, gewährleistet sind.

Insbesondere eine unbegrenzte Mischbarkeit zwischen Inhaltsstoffen könnte neue Sicherheitsrisiken mit sich bringen.

Eine neue europäische Düngemittelgesetzgebung sollte in jedem Fall alle Produkte umfassen, die Pflanzennährstoffe liefern, gleichgültig ob mineralisch, organisch, organo-mineralisch, als Bodenverbesserer oder auf ähnliche Art und Weise. Nur so kann sichergestellt werden, dass alle Nährstofflieferanten gleich behandelt werden. Ebenfalls integriert werden sollten die Kalkdünger.

Dringend erwünscht ist eine deutliche Verkürzung der Zeit zwischen der Prüfung eines neuen Düngemittels durch die Behörden und der offiziellen Erlaubnis zur Vermarktung.

Die europäische Düngemittelindustrie wird die gestartete Entwicklung der Neuregelungen aufmerksam verfolgen und aktiv begleiten.

Dr. Dietrich Pradt

Offene Fragen trotz Harmonisierung

Entwicklungen und Neuregelungen im Düngemittelrecht

Die EU-Kommission hat im vergangenen Jahr die Diskussion um eine Neuausrichtung des Düngemittelrechts in Europa begonnen. Ziel ist eine vollständige Harmonisierung des europäischen Düngemittelmarktes. Nationale Regelungen, wie die deutsche Düngemittelverordnung, könnten künftig entfallen. (Siehe hierzu Seite 17). Darüber hinaus gab es noch weitere Entwicklungen und Initiativen, die das Inverkehrbringen von Düngemitteln unmittelbar betreffen.

Gegenseitige Anerkennung bei Nicht-EG-Düngemitteln

Das europäische Prinzip des freien Warenverkehrs muss von den Mitgliedstaaten auch im Düngerbereich umgesetzt werden. Das ist bisher nicht ausreichend erfolgt. In Deutschland beispielsweise konnten neben „EG-Düngemitteln“, die der europäischen „Verordnung (EG) Nr. 2003/2003 über Düngemittel“ entsprechen, Produkte nur nach Maßgabe der deutschen Düngemittelverordnung in Verkehr gebracht werden. Nach dem Prinzip des freien Warenverkehrs sollten eigentlich auch solche Düngemittel verkehrsfähig sein, die nach den nationalen Vorschriften eines anderen Mitgliedstaats zugelassen sind. Die EU-Länder müssen also ihre Vorschriften gegenseitig anerkennen.

Offenbar wurde der Handlungsbedarf durch die „Verordnung (EG) Nr. 764/2008“, die Verfahren zur Erleichterung des freien Warenverkehrs im Binnenmarkt festlegt. Sie gilt seit dem 13. Mai 2009. Um den Wirtschaftsbeteiligten anderer Mitgliedstaaten den Zugang zum nationalen Markt zu erleichtern, haben die EU-Länder im letzten Jahr „Produktinfostellen“ eingerichtet.

Die Umsetzung der gegenseitigen Anerkennung im Düngemittelsektor wirft allerdings noch Fragen auf. Die deutschen Kontrollbehörden sind mit einer Vielzahl von Regelungen anderer EU-Länder konfrontiert. Diese sollen es zwar erlauben, Düngemittel hierzulande in Verkehr zu bringen, allerdings liegen einige dieser Rechtstexte nicht einmal in englischer, geschweige denn in deutscher Sprache vor. Unklar ist auch, wie die Mitgliedstaaten mit den unterschiedlichen Schadstoff- und Sicherheitsanforderungen innerhalb der EU verfahren. Aus Sicht des Industrieverbands Agrar müssen wie bisher anspruchsvolle Standards hinsichtlich Wirksamkeit, Qualität und Unbedenklichkeit von Düngemitteln gewährleistet sein.

Deutsche Düngemittelverordnung

Nach einjährigem Praxistest trat am 14. Dezember 2009 die erste Änderungsverordnung der Düngemittelverordnung in Kraft. Erfahrungen der Wirtschaft und der Kontrollbehörden der Länder hatten die überwiegend redaktionellen Änderungen notwendig gemacht. Für den IVA stand

eine Korrektur bei den Kennzeichnungsvorgaben für Magnesium im Vordergrund. Die Änderungsverordnung stellt nun klar, dass Magnesium, sofern als Nebenbestandteil im Dünger enthalten, in gewohnter Weise in Oxidform gekennzeichnet wird. Änderungsbedarf sieht der IVA nach wie vor bei einigen Schwermetallgrenzwerten.

Europäische Düngemittelverordnung

Auch im europäischen Recht geht es um die Kennzeichnung von Nährstoffen und um Schwermetallgrenzwerte. Seit mehreren Jahren konkretisieren sich die Vorstellungen darüber, wie Nährstoffe, die als Nebenbestandteil im Dünger vorkommen, gekennzeichnet werden sollen. Die Industrie hat dazu dezidierte Vorschläge erarbeitet. Gleiches gilt für die Schwermetallgrenzwerte, die in absehbarer Zeit Bestandteil des europäischen Düngemittelrechts werden könnten. Unabhängig davon wurde die europäische „Verordnung (EG) Nr. 2003/2003 über Düngemittel" im Oktober 2009 an den technischen Fortschritt angepasst. Die Änderungen erweitern unter anderem das Spektrum der zugelassenen Düngemitteltypen.

EU-Cadmiumregelung für phosphathaltige Dünger

Im Bemühen um eine europäische Cadmiumregelung für phosphathaltige Mineraldünger stellte die EU-Kommission im Oktober 2009 erneut verschiedene Ansätze zur Diskussion:

- Festlegung eines EU-Grenzwertes, der im Laufe der Zeit schrittweise abgesenkt wird
- Festlegung eines EU-Grenzwertes, von dem einzelne Mitgliedstaaten in begründeten Fällen abweichen können
- Kein europäischer Grenzwert. Stattdessen in bestimmten Fällen Festlegung eigener Grenzwerte in den Mitgliedstaaten

Die Düngemittelindustrie spricht sich für einen europaweit einheitlichen Grenzwert aus. Unterschiedliche Cadmiumgrenzwerte innerhalb Europas wären ein Hindernis für den freien Warenverkehr und hätten eine regionale Umverteilung von cadmiumreicheren und cadmiumärmeren Düngemitteln zur Folge. Ein Cadmiumgrenzwert von 60 Milligramm Cadmium pro Kilogramm Phosphat ist für Umwelt und Gesundheit unbedenklich. Niedrigere Grenzwerte würden den Rohphosphatmarkt stark eingrenzen und phosphathaltige Düngemittel deutlich verteuern.

Dr. Hagen Trott

Fortbestand rechtlich sichern

Entsorgungssystem PAMIRA hat Zukunft

Das System PAMIRA

PAMIRA ist die Marke des Entsorgungsprojekts für gespülte und restentleerte Pflanzenschutz- und Flüssigdüngerverpackungen aus der Landwirtschaft. Die Abkürzung ist aus den Begriffen „**Pa**ck**mi**ttel**r**ücknahme **A**gro“ entstanden. Die Pflanzenschutzindustrie hat das Konzept PAMIRA im Rahmen der Initiative „Verantwortliches Handeln“ der chemischen Industrie ohne gesetzliche Verpflichtung entwickelt und in Eigenverantwortung zusammen mit den Kooperationspartnern aus dem Pflanzenschutzgroßhandel, die die Sammelstellen zur Verfügung stellen, seit 1996 bundesweit umgesetzt. An den Sammelstellen können die Landwirte einmal im Jahr für einen begrenzten Zeitraum von ein bis vier Tagen ihre mit dem Zeichen PAMIRA versehenen Pflanzenschutz- und Flüssigdüngerverpackungen zurückgeben. Das Sammelstellennetz ist im Laufe der Jahre ständig verbessert und den Bedürfnissen der Landwirte angepasst worden. Eine Besonderheit von PAMIRA: Bei Annahme wird geprüft, ob die zurückgegebenen Packmittel sauber sind. Die Landwirte müssen das Produkt nach guter landwirtschaftlicher Praxis auf dem Feld ausbringen und die Behälter dort auch ausspülen. Hat PAMIRA die Verpackungen übernommen, sorgt das System für ordnungsgemäßen Transport und umweltgerechte Entsorgung.

Die Industrie will mit PAMIRA sicherstellen, dass ihre Verpackungen nur in kontrollierte Entsorgungswege gelangen. Nicht zuletzt deshalb beurteilen alle betroffenen Kreise das PAMIRA-System als vorbildlich im Sinne verantwortlichen Handelns. PAMIRA hat in seiner Geschichte seine Sammelquote kontinuierlich steigern können. 2009 ist eine Rücklaufquote der verkauften Verpackungen von circa 75 Prozent erreicht worden.

Neue gesetzliche Grundlagen für PAMIRA

Mit der 5. Novelle der Verpackungsverordnung (VerpackV), die im April 2008 wirksam geworden ist, haben sich zwar die gesetzlichen Rahmenbedingungen für PAMIRA nicht wesentlich geändert, aber auch nicht vereinfacht. Für einen Teil der von PAMIRA erfassten Packmittel gilt, dass diese am Ort der tatsächlichen Übergabe oder in dessen unmittelbarer Nähe zurückgenommen werden sollen. Zum einen kann diese Regelung so verstanden werden, dass PAMIRA permanent über das ganze Jahr seine Dienstleistung anzubieten hat. Zum anderen könnte mit dem Merkmal „in unmittelbarer Nähe“ die Forderung aufkommen, die Anfahrtswege zu den PAMIRA-Sammelstellen einer kritischen Prüfung zu unterziehen. Gegen solche Interpretationen spricht zum einen, dass sich PAMIRA am zeitlichen Ablauf der landwirtschaftlichen Arbeiten orientiert und entsprechend von Norden nach Süden vorgeht. Zum anderen sind die Sammelstellen gemäß einer „Agrarintensitätskarte“ in den landwirtschaftlich genutzten Gebieten in Deutschland eingerichtet. In klein strukturierten Gebieten wird allgemein ein Radius von circa 20 Kilometern und in groß strukturierten Gebieten ein Radius von rund 40 Kilometern um eine Sammelstelle als Anfahrtsweg für die Landwirte für zumutbar erachtet.

Absicherung des Betriebs von PAMIRA erforderlich

Der IVA und sein Systembetreiber, die Firma RIGK, haben 2009 intensive Gespräche in einzelnen Bundesländern, mit dem Vorsitzenden der Länderarbeitsgemeinschaft Abfall und dem Bundesumweltministerium geführt. Ergebnis: Die derzeitigen Regelungen der „VerpackV“ sichern PAMIRA nicht umfassend ab. Der IVA ist davon überzeugt, dass PAMIRA in seiner bewährten Konzeption das wirtschaftlichste und umweltverträglichste Entsorgungssystem für Verpackungen von Pflanzenschutzmitteln und Flüssigdüngern aus der Landwirtschaft ist. Er wird sich dafür einsetzen, dass PAMIRA im Rahmen der Umsetzung der EU-Richtlinie „2009/128/EG“ vom 21. Oktober 2009 (Pflanzenschutz-Anwendungsrichtlinie) im nationalen Recht eindeutig juristisch abgesichert wird.

Dr. Volker Kaus

In neuem Glanz

Internetmagazin Profil online verbessert Erscheinungsbild

Seit 2003 gibt es Profil online, das Magazin für Pflanzenschutz, Pflanzenernährung, Schädlingsbekämpfung und Biotechnologie, im Internet. Als eigenständiges, journalistisches Medium des IVA hat sich Profil online bei Hobbygärtnern, Pflanzenfreunden, Lehrern, Schülern, Behördenvertretern und Mitarbeitern der IVA-Mitgliedsfirmen etabliert. Die Akzeptanz für den Nutzen des chemischen Pflanzenschutzes und der im IVA vertretenen Produktbereiche zu erhöhen ist das Ziel.

Jede Woche erscheinen zwei bis drei neue Beiträge. Monatlich informiert ein Newsletter rund 3 000 Abonnenten über die neuesten Themen. Seit 2010 gibt es zusätzlich einen Themenservice speziell für Gartenmedien.

Mit den Jahren entstand eine umfangreiche Wissensplattform mit inzwischen weit über 500 Beiträgen. Auch die Nutzerzahlen sind stetig gestiegen. Sie haben sich bei durchschnittlich 60 000 Visits pro Monat eingependelt.

Zeit für eine Erneuerung

Profil online ging 2009 mit einer neuen technischen Plattform, mit aufgefrischtem Logo und Design, mit angenehmen Farben, verbesserter Leserführung und zusätzlichen Services an den Start. Jeden Monat neu begrüßt ein stimmungsvolles Foto am Seitenkopf die Leser.

Das kam gut an: Eine Leserbefragung zum Relaunch belegt hohe Zufriedenheit:

- Die neue Gestaltung bewerten 89 Prozent der Befragten „gut“ bis „sehr gut“.

- Die neue Bedienung und Navigation finden 54 Prozent „gut“, 39 Prozent „sehr gut“.
- Inhalte und Themen erhalten von 53 Prozent der Befragungsteilnehmer die Note „gut“, 38 Prozent geben hier „sehr gut“.
- Die „Top 5“ nutzen rund 70 Prozent häufig bis sehr häufig.
- Den Newsletter lesen 80 Prozent.
- Profil online ist zur Marke geworden. 63 Prozent sind mit dem Namen zufrieden.

Ein weiteres, großes Plus des neuen Redaktionssystems ist die Suchmaschinenoptimierung. Sie erleichtert Suchmaschinen das Auffinden der Profil-Artikel. Seitenintern bringt die Volltextsuche den Leser schnell zum gewünschten Thema.

Services für Surfer

Leseranfragen werden stets zeitnah beantwortet. Der „Tipp der Redaktion“ weist auf weitere Artikel zum gleichen Themenkreis hin. 80 Prozent der Leser nutzen ihn häufig. Eine so genannte tag cloud (Schlagwort- oder Stichwortwolke) zeigt, welche Themenbereiche aktuell gefragt sind. Die „Top 5“ listen die fünf meist gelesenen Artikel auf. Auch das Glossar wächst stetig. Bislang sind 128 Begriffserläuterungen zu finden. Die Leser können Profil online über ihren RSS-News-Reader abonnieren und werden dann sofort bei Erscheinen eines neuen Artikels benachrichtigt. Beim Bildmaterial galt von jeher ein hoher journalistischer Anspruch: Alle Motive werden entweder eigens fotografiert oder aus Bilddatenbanken beschafft. Dank moderner Technik können sie als Fotogalerie vergrößert betrachtet werden. Auch der Spaß kommt nicht zu kurz. Spiele mit und ohne Gewinnmöglichkeit laden Leser immer wieder zum Besuch der Seite ein. Ein eigens programmiertes Bilder-Sudoku mit Gewinnchance brachte es auf 1 500 Spieler.

Im laufenden Jahr wird der IVA seinen Internetauftritt erneuern. Profil online wird dann einen prominenten Platz im Verbandsportal einnehmen.

Marie-Luise Kinzinger

Dialog mit Politik und Publikum

Landwirtschaft und Klima auf der „Grünen Woche“

„Die Welt ernähren, das Klima schützen“ war das Thema im „Treffpunkt Pflanzenschutz“ im Rahmen des „ErlebnisBauernhofs“ auf der „Internationalen Grünen Woche 2010“. Was leisten Pflanzenschutz und Düngung für unser reichhaltiges Angebot an Lebensmitteln? Wie kann die Erde immer mehr Menschen ernähren? Und wie lassen sich Landwirtschaft und Klimaschutz vereinbaren?

Dass moderne Landwirtschaft und Klimaschutz gut zusammenpassen, hat viele Besucher überrascht. Forschungsergebnisse belegen, dass bei intensivem Anbau pro Produkteinheit weniger Treibhausgasemissionen entstehen als bei extensiver Landbewirtschaftung. Die Vereinten Nationen schätzen, dass die Agrarproduktion bis zur Mitte unseres Jahrhunderts um 70 Prozent steigen muss. Wie kann das gelingen? Die Anbauflächen sind begrenzt. Pro Kopf gerechnet gehen sie sogar zurück. Können wir uns extensive Anbauformen leisten? Anschauliche Grafiken regten zu Diskussionen an.

Wie konnten die Preise für Nahrungsmittel kontinuierlich sinken? Gerade in Deutschland sind Lebensmittel besonders günstig. Das zeigte der Blick auf einige Nachbarländer. Ein Vergleich mit den Essgewohnheiten in früheren Jahrhunderten – ein Exponat mit Nachbildungen zeittypischer Gerichte – machte zusätzlich klar: Der Tisch war noch nie so reich, vielfältig und gesund gedeckt wie heute. Was Pflanzenschutz und Düngung damit zu tun haben, erklärten freundliche und kompetente Experten.

Wovor der Landwirt seine Pflanzen schützen muss, und dass das heute immer besser und umweltschonender möglich ist, zeigte ein Kurzfilm. Und an der Schädlingsgalerie machten kleine und große Kinder spielerisch Bekanntschaft mit Heuschrecke, Maiszünsler „& Co“. Das kam gut an, wie eine Besucherbefragung belegt: Von 108 Befragten gaben 106 Bestnoten.

Politiker nutzten den Treffpunkt gerne: die finnische Agrarministerin Sirkka-Liisa Anttila, die Landwirtschaftsminister Niedersachsens, Hans-Heinrich Ehlen, und des Saarlands, Christoph Hartmann, der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Peter Harry Carstensen, Bauernverbandspräsident Gerd Sonnleitner, außerdem die Agrarausschüsse des Deutschen Bundestags und des Bayerischen Landtags sowie der CDU Sachsen-Anhalt, die Arbeitsgemeinschaft Umwelt der CSU und zahlreiche Abgeordnete und Staatssekretäre der Regierungen des Bundes und der Länder.

Marie-Luise Kinzinger

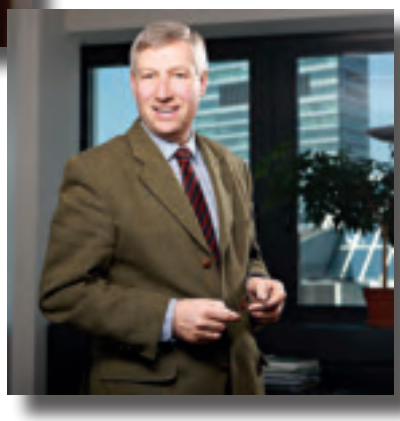
Team Industrieverband Agrar

Volker Koch-Achelpöhler
Hauptgeschäftsführer

Christine Schulte
Assistentin des Hauptgeschäftsführers

Dr. Volker Kaus
Recht und Wirtschaft

Simone Rasch
Assistentin Recht und Wirtschaft



Dr. Dietrich Pradt
Geschäftsführer Pflanzenernährung

Irene Horlebein
Buchhaltung

Dr. Hagen Trott
Pflanzenernährung

Martin May
Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Maik Baumbach
Assistent Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Marie-Luise Kinzinger
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Dr. Regina Fischer
Technik und Umwelt

Helga Kreuz
Assistentin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Karin Reichert
Assistentin Technik und Umwelt

Christine Demuth
Assistentin Technik und Umwelt

Thomas Neck
Technik und Umwelt

Dr. Friedrich Dechet
Technik und Umwelt

Mitgliedsfirmen, Stand 2010

Pflanzenschutz

AEROXON Insect Control GmbH
Waiblingen, www.aeroxon.de

Agrostulln GmbH
Stulln, www.agrostulln.de

AlzChem Trostberg GmbH
Trostberg, www.alzchem.de

BASF SE
Agrarzentrum Limburgerhof
Unternehmensbereich Pflanzenschutz
Limburgerhof, www.basf.com

Bayer CropScience Deutschland GmbH
Langenfeld, www.bayercropscience.de

Bayer CropScience AG
Monheim, www.bayercropscience.com

Belchim Crop Protection
Zweigniederlassung Deutschland
Burgdorf, www.belchim.com

Compo GmbH & Co. KG
Münster, www.compo.com

Detia Freyberg GmbH
Laudenbach, www.detia-degesch.de

Dow AgroSciences GmbH
München, www.dowagro.de

DuPont de Nemours (Deutschland) GmbH
Neu-Isenburg, www.dupont.com

Feinchemie Schwebda GmbH
Köln, www.fcs-feinchemie.com

Frowein GmbH & Co. KG
Albstadt, www.frowein808.de

frunol delicia GmbH
Delitzsch, www.frunol-delicia.de

Eduard Gerlach GmbH
Chemische Fabrik
Lübbecke, www.gehwol.de

Glanzit Pfeiffer GmbH & Co. KG
Worms, www.glanzit.de

Helm AG
Hamburg, www.helmag.com

ICS Innovative Care Systems Andernach GmbH
Andernach, www.scs-andernach.de

Jeyes Deutschland GmbH
Neuburg, www.jeyes.de

SC Johnson GmbH
Erkrath, www.scjohnson.de

Kwizda Vertriebs GmbH
München, www.kwizda-agro.at

Monsanto Agrar Deutschland GmbH
Düsseldorf, www.monsanto.de

W. Neudorff GmbH KG
Chemische Fabrik
Emmerthal, www.neudorff.de

Nisso Chemical Europe GmbH
Düsseldorf, www.nisso-chem.de

Nufarm Deutschland GmbH
Köln, www.nufarm.de

Ploss Chemicals GmbH
Ochsenfurt, www.ploss-chemicals.de

Heinrich Propfe Chemische Fabrik GmbH
Mannheim, www.propfe-pflanzenpflege.de

Reckhaus GmbH & Co. KG
Bielefeld, www.reckhaus.de

R+F & FCH GmbH
Ettenheim, www.roefi-forst.de

Satec Handelsgesellschaft mbH
Elmshorn, www.satec-seedcoating.de

F. Schacht GmbH & Co. KG
Chemische Fabrik
Braunschweig, www.schacht.de

Schirm GmbH
Schönbeck, www.schirm.com

Scotts Celaflor GmbH & Co. KG
Mainz, www.scotts-celaflor.de

Spiess-Urania Chemicals GmbH
Hamburg, www.spiess-urania.com

Stähler Deutschland GmbH & Co. KG
Stade, www.staehler.com

Syngenta Agro GmbH
Maintal, www.syngenta.de

Trifolio-M GmbH
Lahnau, www.trifolio-m.de

Chemische Fabrik Wülfel GmbH & Co. KG
Hannover, www.wuelfel.de

Pflanzenernährung

AlzChem Trostberg GmbH
Trostberg, www.alzchem.de

Borealis Agrolinz Melamine International GmbH
Linz (Österreich), www.linzeragrotrade.com

BASF SE
Geschäftseinheit Düngemittel Europa
Ludwigshafen, www.basf.com

Compo GmbH & Co. KG
Münster, www.compo.com

DOMO Caproleuna GmbH
Leuna, www.domo.org

DSM Agro Deutschland GmbH
Düsseldorf, www.dsm-agro.de

GPN SAS
Paris La Défense (Frankreich), www.gpn.fr

ICL Fertilizers Deutschland GmbH
Ludwigshafen, www.iclfertilizers.com

INEOS Köln GmbH
Köln, www.ineoskoeln.de

K+S Kali GmbH
Kassel, www.kali-gmbh.com

K+S Nitrogen GmbH
Mannheim, www.ks-nitrogen.com

LANXESS Distribution GmbH
Langenfeld, www.lanxess-distribution.com

YARA GmbH & Co. KG
Dülmen, www.yara.de

YARA Brunsbüttel GmbH
Brunsbüttel, www.yara.de

Impressum

Herausgeber: Industrieverband Agrar e. V.
Mainzer Landstraße 55 · 60329 Frankfurt am Main
Tel.: 069 2556-1281 · Fax: 069 2556-1298
E-Mail: service.iva@vci.de · www.iva.de

Herstellung: DAS PRODUKTIONSBÜRO · Alexander Knick
AKonline.de, Offenbach

Bildnachweis: Titel: IVA; adpic; blickwinkel
Inhalt: S. 2, 3 Patrick Liste; S. 4, 8 adpic; S. 10, 11 Europaparlament; S. 13 IVA; S. 15 blickwinkel; S. 17 Europaparlament; S. 19 Amazone-Werke; S. 23 IVA; S. 24, 25 Patrick Liste

Redaktionsschluss: April 2010; Abdruck honorarfrei, Beleg erbeten